Die Wahrheit zum Müllverbrennungs-erweiterungsantrag von Vattenfall

Was uns besorgt.

Was wir fordern.

Es stinkt zum Himmel !

Vorwort

Mit dieser Broschüre wendet sich die Bürgerinitiative Gesund Leben am Stienitzsee e.V. an alle Bürgerinnen und Bürger von Rüdersdorf und der umliegenden Gemeinden. Wir wünschen uns, dass sie auch von den Mandatsträgern in der Kommune, des Kreises, des Landes und dem Bund aufmerksam gelesen wird. Die Broschüre dient dem Zweck umfassend über den Erweiterungsantrag zum Vattenfall- IKW in Rüdersdorf zu informieren und aufzuzeigen, welche Problematik sich aus der Verbrennung von künftig jährlich 270.000 Tonnen Müll unter veränderten Bedingungen ergibt. Im Juli 2013 wurden die Menschen aufmerksam, als sie von einem Gemeinderatsbeschluss hörten, der den Plänen von Vattenfall entgegengetreten ist, die Müllverbrennung auszudehnen. Erstmals in Deutschland soll eine mit 7 Mill.€ Landesförderung gebaute Abfallverwertungsanlage, die nur einem Zweck der Energieerzeugung für das CEMEX Zementwerk dienen sollte, in eine normale Müllverbrennungsanlage (MVA) umgewandelt werden. Herauskommen soll eine MVA, die einen ganz neuen Cocktail von Abfällen verbrennt. Wenn es schon einmal stinkt, dann steht der andere Müllverbrenner, das CEMEX- Zementwerk, mit einem Änderungsantrag unter Ausschluss der Öffentlichkeit parat. Das Unternehmen mit dem Nimbus eines lokalen industriellen Leuchtturms will 100.000 Tonnen natürliche Sande durch schadstoffbelastete mineralische Abfälle ersetzen. Auch hier hat man beim Nachbarn über den Zaun geschaut und will die Kontrollen unter erleichterten Bedingungen nun den Lieferanten überlassen. Den Medien ist es zu verdanken, dass die Menschen davon erfahren haben. Das Landesumweltamt hatte der Gemeinde verwehrt, die eigene Bevölkerung in der Sache zu informieren.

Das sind die Gründe weshalb tausende Menschen Einwendungen formulieren und Petitionen unterschreiben, die Aktivisten unter Ihnen sich in den drei Bürgerinitiativen des Industriegebietes engagieren und sich gegen die Profitgier internationaler Konzerne wenden.

In dem nachfolgenden Positionspapier benennen wir:

Die Fakten, weshalb man als Bürger allen Grund hat zornig zu sein.

Die Forderungen, die von der Bürgerinitiative gestellt werden.

Warum wir in einem Humantoxikologischen Gutachten untersucht haben wollen, ob unsere Umwelt, neben der jahrzehntelangen Vorbelastung in Luft, Boden und Wasser überhaupt noch weiter aufnahmefähig sein kann.

Wir hoffen deshalb mit der vorliegenden Broschüre möglichst viele Bürger - also nicht nur die schon Engagierten - zu motivieren, sich für die Gesundheit und die Lebensqualität der Menschen in der Region und darüber hinaus einzusetzen.

Die Menschen haben die Nase voll! Jeder riecht es!
Es stinkt zum Himmel!

Vielen Dank für das Studieren und den aktiven Gebrauch unserer Abhandlung der Fakten und Argumente gegen unkontrollierte erweiterte Müllverbrennung und Verarbeitung.

Die Antragsfakten, die zornig machen

Das Industriekraftwerk, das speziell für heizwertreiche Ersatzbrennstoffe gebaut wurde, outet sich als gewöhnliche Müllverbrennungsanlage, allerdings weiterhin ohne Abwärmenutzung (30% Energienutzung, 70% Verlust!).
Der Abfallannahmekatalog soll wesentlich erweitert werden. Jetzt sollen z.B. auch Klärschlämme, unbehandelter Hausmüll, Bauabfälle, Krankenhausabfälle, Schredderleichtfraktionen und Gärrückstände verbrannt werden. Die neu beantragten Abfallarten bergen ein deutlich erhöhtes Risiko. Trotzdem sollen die Eingangskontrollen gleichzeitig stark minimiert werden. Es wird den Abfalldeklarationen der Lieferanten vertraut, ohne diese wie bisher vorgeschrieben regelmäßig zu kontrollieren.
Auch die bisherige Schadstoffbilanzierung und aus ihr abgeleitet die Berechnung der Schadstoffemissionen soll künftig ersatzlos entfallen.
Bei Radioaktivitätsalarm soll jetzt nur noch das Amt für Arbeitsschutz informiert werden. Gemeinde und Landesumweltamt bleiben uninformiert und können nicht mehr unmittelbar reagieren.
Beantragt ist eine Kapazitätserweiterung der Anlage um 8% auf 270.000t bei gleichzeitiger Erhöhung des Schadstoffausstoßes um 20%. Die beantragten Emissionen liegen weit über den Verinbarungen mit der Gemeinde.
Auf ungeschützten Sichtungsflächen sollen Abfallballen gelagert werden. Durch Regeneintrag und Verpackungsbeschädigungen (Big Bags) sind Grundwasserschäden zu erwarten. Diese nicht eingehausten Außenflächen sollen auch bei besonderen Betriebszuständen für die Lagerung von Filterstäuben und Kesselasche genutzt werden. Big Bag-Inhalte können sich zum Beispiel beim Austrag von Schwelbrandasche entzünden.
Das enthaltene Eisenmetall aus den Brennstoffen soll nach dem Verbennungsvorgang aus der Schlacke abgetrennt werden. Das zieht eine erhöhte Feinstaubbelastung mit Schwermetallanteilen nach sich.

Dieser auf einer Freifläche gelagerte Müll, in Porta Westfalica, brannte mehrere Tage lang!

Foto:
© Michael Horst

Was uns besorgt

Am Standort Rüdersdorf bestehen Umweltaltschäden schon von vor 1990, durch das Rüdersdorfer Zementwerk, das Chemiewerk Coswig BT Rüdersdorf und die Mülldeponie Hennickendorf. In Rüdersdorf findet nunmehr seit sechs Jahren im Industriekraftwerk, sowie seit den neunziger Jahren im CEMEX Zementwerk, kontinuierlich Abfallverbrennung statt. Wir erwarten, dass unsere Region dadurch stark vorgeschädigt ist. In einer Auswertung der verfügbaren Daten aus dem Krebsregister, durch einen anerkannten Mediziner heißt es: „Die stete Zunahme der Beobachtungswerte im erfassten Zeitraum über insgesamt 14 Jahre, gegenüber den Erwartungswerten, lässt auf die Existenz einer Emissionsquelle in der Umgebung des Wohngebietes schließen.“ Die Bevölkerung sorgt sich, ob durch die Erhöhung der Umweltbelastungen die Gesundheit und als höchstes Gut, ein gefahrloses Leben auch in Zukunft noch möglich ist. Die Eltern sorgen sich um ihre Kinder. Sie wollen schützend die Hände über ihre Jüngsten halten und die nachfolgende Generation gefahrlos aufwachsen sehen.

Hat schon jemand den Katastrophenfall bedacht? Künftig soll im Bunker ein extrem brandgefährlicher Abfallmix gelagert werden. Bei Wegfall der Eingangskontrollen ist der Risikofaktor auf Grund der vermischten Stoffe gigantisch. Es kann zu ungewollten chemischen Reaktionen führen, deren Tragweite unbekannt ist. Auch die Lagerung von Abfällen auf Freiflächen wird mit Geruchsbelästigungen einhergehen und die Brandlast erhöhen. Das lehnen wir ab.

Der Lärm! Bereits heute sind die Menschen zu Tag- und Nachtzeiten durch die Industrieanlagen und die Verkehrsströme einer hohen Lärmbelästigung ausgesetzt. Allein durch den Änderungsantrag von Vattenfall werden noch zusätzlich ca. 4500 LKW im Jahr über die B1/B5 fahren und die Herzfelder und Tasdorfer um den Schlaf bringen.

Es muss doch einen Weg geben, angemessene Lebensqualität und den Industriestandort in Einklang zu bringen. Wir fordern den Profitwahn der Industrie einzubremsen. Bei Renditen im Müllbusiness von über 40% sollte die beste verfügbare Technik (BVT) schon im Hinblick auf die neuen Schadstoffwerte, die ab 2016 gelten, installiert werden. Wir glauben, dass ein gefahrloses Leben an der Seite von Industriegiganten möglich ist. Andere haben es bereits bewiesen! Deshalb muss unsere Region wissenschaftlich untersucht werden. Wir fordern die Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen und ein Humantoxikologisches Gutachten. Es soll Altlasten und Emissionen und deren Eintrag in die Schutzgüter Boden, Wasser und Luft bewerten . Das Industriegebiet wird belastet durch Emissionen von: MVA Vattenfall, CEMEX Zementwerk, Asphaltmischwerk OHM, Asphaltmischanlage HMW, Biomassenheizkraftwerk Rüdersdorf, Graf Recycling und Baustoffe, Kalktagebau, Kalkwerk Felswerke, Betonwerk.

Erforderlich ist verantwortliches und umsichtiges Handeln der Politik und Verwaltung für die Region! Nur auf diesem Weg kann das Vertrauen mündiger Bürger erlangt werden!

Wir fordern:

1. die Erweiterung zur Müllverbrennungsanlage Vattenfall in Rüdersdorf muss verhindert werden!

2. die Gemeinde Rüdersdorf, den Landrat und das Landesumweltamt auf, ein Human-toxikologisches Gutachten in Auftrag zu geben! Durch den Änderungsantrag von CEMEX ist dieses Gutachten umso wichtiger.

3. die Aussetzung beider Genehmigungsverfahren, bis zur Erstellung eines Human- toxikologischen Gutachtens!

4. das verfassungsmäßige Recht, Umweltinformationen den Bürgern zugängig zu machen, durch die Behörden auch durchzusetzen.

5. die Aufstellung von Messstationen in ausreichender Zahl, an allen relevanten Orten der Region, mit Analyse der Schwermetalle, Dioxine, Furane, Stickoxide, Kohlenmonoxid und lungengängiger und krebserregender Feinstäube, wie PM 2,5.

6. ein öffentliches Genehmigungsverfahren, mit Bürgerbeteiligung beim Änderungsantrag von CEMEX.

7. eine Umweltverträglichkeitsprüfung für den CEMEX-Antrag.

8. die Anlagentechnik, insbesondere die Rauchgasreinigung der Industriekraftwerke auf die bestverfügbare Technik nachzurüsten!

9. von den Parteien des Landtages eine Gesetzesinitiative, die von den Betreibern von Müllverbrennungsanlagen eine Veröffentlichung der Emissionsmesswerte im Internet regelt – wie z.B. in Bayern Standard!

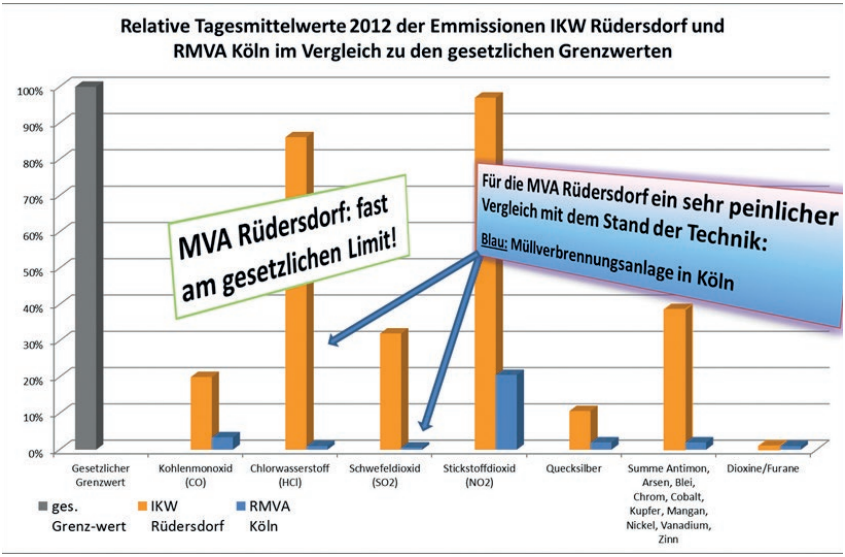
10. durch die Verlagerung der Beschaffungswege, von der Straße auf die Schiene, den unerträglichen Lärm der LKW Transporte zu minimieren!

11. zu überprüfen, ob der Fördertatbestand für das IKW Rüdersdorf bei der Umwandlung in eine Müllverbrennungsanlage noch Bestand hat.

250 Bürger informieren sich auf dem Infotreff der Bürgerinitiative am 15.10.13

Rauchgasreinigung im Vergleich zur BVT

Was die Bestverfügbare Technik (BVT), die zu besitzen das IKW Rüdersdorf nach eigener Aussage ja für sich beansprucht, tatsächlich bei der Rauchgasreinigung in Müllverbrennungsanlagen zu leisten vermag, zeigt die folgende Grafik:



Die vergleichsweise sehr schlechten Emissionswerte des IKW Rüdersdorf erklären sich zum einen dadurch, dass in Köln die Grenzwerte im Genehmigungsbescheid von vornherein viel strenger festgesetzt wurden (z.B. 10-fach geringer für Cd, Tl und NH_3). Darauf verzichtete das Landesumweltamt Brandenburg leider. Es gab ursprünglich dem IKW Rüdersdorf nur die Einhaltung der gesetzlichen Mindestanforderungen vor. Daher wurde von Vattenfall auch nur eine einfache, „halbtrockene“ Abgasreinigungstechnik mit nichtkatalytischer NO_x-Reinigungsstufe errichtet. Zum anderen bemüht sich Vattenfall offensichtlich um den kostensparsamsten Umgang mit den „Rauchgas-Reinigungszusätzen“ (Ammoniakwasser, Kalk) - leider auf Kosten unserer Umwelt! Bei der beantragten Verbrennung neuer Abfallgemische ist zudem zu befürchten, dass zeitweise erhebliche Grenzwertüberschreitungen der besonders gefährlichen Schadstoffe auftreten. Denn diese werden nur über wenige Stunden, an nur 4 Tagen im Jahr (!), offiziell gemessen. So werden Überschreitungen vom Anlagenbetreiber nur mit 1%-iger Wahrscheinlichkeit bemerkt! 2012 gab es bereits 45 Überschreitungen von Halbstundenmittelwerten sowie 5 Überschreitungen von Tagesmittelwerten der kontinuierlich gemessenen Parameter – das lässt für die selten gemessenen Parameter bei Mischverbrennung weiterer Abfallarten das Schlimmste befürchten. Unerlässlich ist daher eine bessere Überwachung des Rauchgases (AMESA-Verfahren).

Appell an Politik und Wirtschaft

Nehmen Sie die Bedenken und Ängste der Menschen ernst.

Nach jahrzehntelanger Müllverbrennung im Industriegebiet Rüdersdorf, ist mit den Änderungsanträgen von Vattenfall und CEMEX bei den Menschen in den umliegenden Wohngebieten das Maß des Erträglichen überschritten. Darüber hinaus tragen weitere Industrieanlagen mit ihren Emissionen zur Belastung von Luft, Boden und Wasser bei. Haben Sie den Mut von den Unternehmen Maximalwerte der Emissionen zu verlangen, die weit unter den gesetzlichen Grenzwerten möglich sind. Sie sollen schon jetzt unter den ab 2016 gültigen Mindestanforderungen liegen. Bei hohen Umsatzrenditen in Müllverbrennungsanlagen von über 40 %, sollten Investitionen in sichere Filtertechnologien auch Vattenfall zumutbar sein.
Unsere Beispiele zeigen, dass Politik und Verwaltung andernorts die Möglichkeiten nutzen und die Macht haben, den Unternehmen solche Grenzen aufzuzeigen, ohne dass dies der Wirtschaft schadet. Die Unternehmen sollten bei der Planung ihrer Veränderungsprozesse von Anfang an, die Bürgerbeteiligung nicht aus dem Auge verlieren, sondern freiwillig anbieten. Akzeptanz in der Bevölkerung erzielt man, wenn die wirtschaftlichen Ziele und ihre Auswirkungen auf die Umwelt mit den Ansprüchen der Menschen an ihr Lebensumfeld in Einklang gebracht werden. Das kann erreicht werden, wenn der wirtschaftliche Erfolg auch für Investitionen in die beste verfügbare Technik genutzt wird. Unterstützen Sie unsere Forderung, die gutachterliche Beauftragung an den TÜV Nord auf den umfassenderen Sachverhalt eines Humantoxikologischen Gutachtens zu erweitern.
Im Lebensumfeld des Industriegebietes Rüdersdorf wird keine Ruhe einziehen, bis die Menschen wirklich sicher sein können, dass die Umweltbelastungen auf ein möglichst erträgliches Maß reduziert wurden. Dazu braucht es Mut und Weitsicht, die wir als Bürger von den Akteuren in Politik und Wirtschaft erwarten Dann werden wir das erreichen was wir wollen - eine gute Nachbarschaft!

Die Bürgerinitiative Gesund Leben am Stienitzsee e.V.

„Erst, wenn der letzte Baum gerodet,
der letzte Fluß vergiftet,
der letzte Fisch gefangen, werdet ihr feststellen,
dass man Geld nicht essen kann.“

Weisheit des Cree Stammes

Nur gemeinsam sind wir stark!

Bitte helfen Sie mit, die Broschüre möglichst vielen Bürgern - vor allem solchen, die gewählt werden wollen - bekannt zu machen.
Auf unserer Webseite: **www.gesund-am-stienitzsee.de** finden Sie die Broschüre als PDF Datei zum Herunterladen und Weiterleiten per E-Mail. Bitte machen Sie hiervon ausgiebig Gebrauch.

Zur Finanzierung der Broschüre bitten wir um Spenden:

Gesund Leben am Stienitzsee e. V.

Konto: 20027176, BLZ: 17054040
IBAN: DE19170540400020027176, BIC: WELADED1MOL

v.I.S.d.P. Verein Gesund Leben am Stienitzsee e.V.
Wohnpark am Stienitzsee 7, 15378 Hennickendorf - im November 2013